

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Lieselott Blunck MdB be-
legt am Beispiel des
Amnestie-Planes, daß der
Bundesregierung jedes
Rechtsempfinden abgeht.
Seite 1

Karl Weinhofer MdB kri-
tisiert den 20-Milliar-
den-Deal der Bundesregie-
rung zugunsten der Bauern.
Seite 3

Fritz Sänger würdigt das
Magazin "Kennzeichen D"
anlässlich der 300. Sen-
dung. Seite 4

Josef Vosen MdB fordert
Initiativen der Regierung
angesichts der Gefahren
der Kohlendioxydemissio-
nen für unser Klima.
Seite 6

39. Jahrgang / 100

24. Mai 1984

Bei dieser Regierung ist alles möglich

Ein dreistes Gangsterstück wird heute im Bundestag
behandelt

Von Lieselott Blunck MdB

Nun hat also die Kohl/Genscher GmbH doch noch von ihrem dreisten Überraschungsmanöver Abstand genommen, den Leuten des Großen Geldes, von denen sie jahrelang mit Summen in Millionenhöhe finanziell ausgehalten wurde, durch eine Amnestie nachträglich Straffreiheit zu verschaffen. Dies geschah nicht etwa aus Einsicht in die Verwerflichkeit ihres vorherigen Gangsterstückchens. Nein, der empörte Volkszorn hat CDU/CSU und FDP bei ihrem Versuch, diesen Staat als Selbstbedienungsladen zu betrachten, in die Schranken verwiesen. Die überwältigende Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen unseres Landes hat sich von dem Lügengewebe der Koalitionsparteien nicht beeindrucken lassen, sie hat die unsittlichen Amnestiepläne als das empfunden, was sie von Anfang an waren, als einen unerhörten Anschlag auf die Rechtsstaatlichkeit, für den es in unserer Parlamentsgeschichte keine Parallele gibt. Das intakte Rechtsempfinden und das selbstbewußte Demokratieverständnis unserer Bevölkerung sind denn auch das einzig Ermutigende an dem unappetitlichen Amnestieskandal.

Wie auf frischer Tat ertappte Strauchdiebe stehen nun Kohl und Genscher da und schreien nach Art kleiner Ganoven "haltet den Dieb", in der Meinung, der SPD die Schuld für die schändlichen Amnestiepläne zuweisen zu können, weil diese nicht an einer "sauberen" rechtlich einwandfreien Spendenregelung mitgewirkt habe. Solche Lügen werden auch durch ständige Wiederholung nicht zur Wahrheit.

Wahrheit ist vielmehr, daß es auch vor der Verabschiedung des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes im Dezember ver-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Kreiswärfel-Verlag
mit zentraler Redaktion
Bonn-Ludwig-Platz



gangenen Jahres eine klare und eindeutige rechtliche Regelung gab. Im Einkommensteuer- beziehungsweise im Körperschaftssteuergesetz waren präzise Obergrenzen für die steuerliche Absetzbarkeit von Parteispenden vorgesehen. Wer diese Grenzen überschreiten, also den Parteien eine höhere Spende zukommen lassen wollte, dem blieb das unbenommen. Nur diesen, die Obergrenze überschreitenden, Betrag dann auf Kosten der Gesellschaft steuerlich abzusetzen, allein das war nicht erlaubt. Und wegen dieser Steuerhinterziehungen ermittelt die Bonner Staatsanwaltschaft.

Auch die SPD - ich leugne und verharmlose dies keineswegs - ist in der Vergangenheit beim Spendensammeln mit den Steuergesetzen in Konflikt geraten. Aber als es im Jahre 1981 Überlegungen und Diskussionen zu einer Amnestierung der Parteispender gab, da hat die SPD-Bundestagsfraktion im Gegensatz jetzt zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion ganz entschieden Nein zu solchen Plänen gesagt. Und dies nicht etwa - wie in diesen Tagen in Verlautbarungen der CDU zu lesen war - "aus Feigheit" sondern aus Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit in diesem Lande. Weder beim Steuerzahlen noch irgendwo sonst darf es für Politiker Sonderrechte geben. Für Verstöße gegen das Steuerrecht müssen die Betroffenen geradestehen wie jeder andere Bürger auch!

Wenn man sich jetzt die Liste der in diesem Zusammenhang von der Staatsanwaltschaft beschuldigten Politiker einmal näher ansieht, dann findet man neben einer stattlichen Anzahl von Abgeordneten allein fünf Regierungsmitglieder. Käme es zu einer Verurteilung - wegen des Gewichts der Anschuldigungen sind durchaus Freiheitsstrafen ohne Bewährung im Bereich des Möglichen - dann fehlt es mir angesichts der bisherigen "Nibelungen-Treue" des Bundeskanzlers gegenüber in Skandale verwickelten Ministern nicht an der Vorstellungskraft, daß diese auch dann noch nicht entlassen werden, sondern ihr Amt aus dem Gefängnis heraus verwalten. Es sei denn, das Bundeskabinett würde seine unregelmäßigen Sitzungen zukünftig im Bonner Knast abhalten. Verwundern würde einen dies jedenfalls nicht mehr. Denn der Lambsdorff-Skandal, die Körner-Affäre und das jetzige Amnestie-Attentat haben gezeigt, daß dieser Regierung jedes natürliche Rechtsempfinden und jede politische Moral abgeht. Bei dieser Regierung ist inzwischen alles möglich! (-/24.5.1984/ks/va)

+ + +



Agrar- und Sozialpolitik nach Gutsherrenart

Es werden mal eben so 20 Milliarden DM spendiert

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

Bei uns in Bayern sagt man: der Bauer lacht erst, wenn er vom Markt nach Hause geht. Und sie können jetzt alle lachen, die Bauern in den deutschen Ländern. Was ihnen am EG-Markt verloren geht, das wird ihnen am Ausverkaufsstand Kohl, Stoltenberg und Kiechle in Höhe von Milliardensubventionen überreichlich wieder vergolten. Bis 1991 wird der Staat durch die Erhöhung der Mehrwertsteuerpauschale für die Bauern auf 20 Milliarden DM Steuern verzichten.

Das muß natürlich irgendwo wieder eingespart werden. Aber da hat man sich ja in den letzten Jahren bei Arbeitslosen, Schülern, Rentnern und Kranken ordentlich eingedeckt. Wer im Zeitraum von vier Jahren (1982 bis 1985) eine Nettounverteilung zu Lasten der sozial Schwachen von mehr als 210 Milliarden DM vornimmt, der kann natürlich jetzt Großzügigkeit zeigen. Wie einseitig diese Bundesregierung ihre Politik zu Lasten der sozial Schwachen und der Arbeitnehmer treibt, zeigt auch ihre Einflußnahme auf die Bundesanstalt für Arbeit, den infolge des Streiks zwangsweise auf Kurzarbeit gesetzten Arbeitnehmern das Kurzarbeitergeld zu verweigern.

Dies ist schon eine unglaubliche Situation: Die Bundesregierung tut nichts zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Diejenigen, die nun stellvertretend für alle Arbeitnehmer und Arbeitslose in der Bundesrepublik den Kampf um Arbeitszeitverkürzung und damit um mehr Arbeitsplätze führen, bekommen den erbitterten Widerstand gerade auch der Bundesregierung zu spüren. Die Streikenden, und nicht die jeden Kompromiß verweigernden Arbeitgeberverbände werden für die Produktionsausfälle verantwortlich gemacht. Und sogar diejenigen, denen man nun die Arbeit ganz oder teilweise verweigert, sollen bestraft werden, bekommen den neuen Wind aus Nürnberg schmerzhaft zu spüren.

Und wie wird sich wohl die Masse der Lohnsteuerzahler freuen, wenn sie nun hören, daß sie die angebliche Lohnsteuerentlastung mit Erhöhungen der Mehrwertsteuer bezahlen sollen, daß sie damit die jetzt geplante Erhöhung der Mehrwertsteuerpauschale für die Bauern, also deren Subventionierung, zu finanzieren haben.

Die deutschen Landwirte, und dies gilt natürlich insbesondere für die Großbauern, werden schon jetzt jährlich mit rund 30 Milliarden DM subventioniert. Man könnte auch sagen: Wenn ein Großbauer lacht, sollte man ihm sofort einen Stockzahn reißen. Von Kiechle und Kohl wird er stattdessen noch vergoldet. Die Dummen bei dieser Agrar- und Sozialpolitik bleiben die Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Kleinbauern.

(-/24.5.1984/ks/va)

+ + +



Zur 300. Sendung von "Kennzeichen D"

Sachlich, kritisch, dem gegenseitigen Verständnis verpflichtet

Von Fritz Sänger

Unter den Magazinen, die von Sendern in der Bundesrepublik Deutschland in regelmässigen Abständen ausgestrahlt werden, erscheint mir "Kennzeichen D" als das interessanteste und wirkungsvollste. Am 9. September 1971 begann das Zweite Deutsche Fernsehen dieses politisch und journalistisch zunächst als gewagt zu wertende Unternehmen. Am 24. Mai 1984 wird die 300. Sendung in den aether gehen. Sie wird keineswegs die letzte sein.

Das "D", mit dem diese Reihe bezeichnet wird, steht für Deutschland, auch dann, wenn es an Autos die Bundesrepublik allein als Herkunftsland kennzeichnet. Die Sendungen geben Informationen und beschreiben Situationen aus beiden jüngsten Teilen des einstigen Deutschen Reiches. Sie teilen mit, sie wollen nichts verbergen. Sie verbergen auch nicht, daß die Redaktion eine eigene Meinung hat und diese aussagen möchte. Jedoch: Parteipolitischen Direktiven folgt das Magazin nicht.

In der aktuellen Auseinandersetzung zwischen den neuen deutschen Staaten (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) wird keine einseitige Stellung beabsichtigt. Politische Vernunft obwaltet auch dann, wenn "Kennzeichen D" den Standort der Bonner Politik einnimmt, ohne ihn als einzig möglichen darzubieten.

Was die Redaktion dieses Magazins an mutiger Suche nach dem echten Ring leistet, dessen Besitz die Kraft verleiht, zu wissen, wie der Weg zur deutschen Gemeinsamkeit verläuft, das ist respektabel und verdient nach dreihundert Sendungen doch einmal ausgesprochen zu werden.

Wir können keine im Gedächtnis haftende Phrase zitieren, so oft in den Sendungen im Denken, Urteilen, Hoffen und Kritisieren die Theorie bereitwillig an die Stelle der praktischen Bewertung einer vorhandenen oder möglichen Situation hergenommen wurde. "Kennzeichen D" geht nicht an den Problemen vorüber. Sie behandelt sie, indem sie mit Menschen spricht, hier und jenseits der trennenden Grenze, indem sie die Wirklichkeit des Tages im Gespräch deutlich werden lässt und Voreingenommenheit und



Vorurteil zu überwinden bemüht ist. Bei Bildern von "drüben" bleibt die Bundesrepublik stets im Bezug. Kontinuierlich, kritisch, sachlich und ohne erkennbare Bindung an eine Obrigkeit hat diese Sendung bisher einen ungewöhnlichen Beitrag zum Verstehen geleistet.

Vor einem Jahr fuhren wir im Auto durch die DDR von Weimar über Eisenach, Erfurt und Quedlinburg, Magdeburg und Halle, Wittenberg, Meissen und Dresden auf kleinen und auf großen Straßen. Wir fuhren in das kleine Dorf bei Köthen in Anhalt, auf dessen Friedhof meine Mutter begraben ist. Wir sprachen in den vier Wochen mit vielen Menschen, niemals ausgesuchte, gewichtige, auch nicht mit solchen, die sich vordrängten. Wir fanden auch Querulanten, aber weit mehr Frauen und Männer, auch solche, die sich selbst als "in der Wolle gefärbte Kommunisten" nannten und solche, die "festhalten an dem Vaterland meiner Eltern". Wir fanden, daß "Kennzeichen D" keinen Grund zur Provokation gibt, Keinen Anlaß zu einem Vorwurf, einseitig zu berichten. Wenn es die Chancen zum Gespräch beider Seiten miteinander wahrt und fördert, so wird ein Nebeneinander in friedlicher Nachbarschaft gepflegt und der Weg zum Miteinander geebnet.

Am 23. Mai 1978 erhielt die Redaktion des "Kennzeichen D" den Gustav Heinemann-Bürgerpreis. Das Kuratorium dieses Preises "möchte mit seiner Auszeichnung die Redaktion ermutigen, mit ihrer Sendereihe auch weiterhin als publizistisches Instrument im Sinne eines vernünftigen Nebeneinander beider deutscher Staaten zu wirken", so hieß es vor sechs Jahren in dem Diplom des Preises, der am Tage der Verkündung des Grundgesetzes im Schloß Rastatt übergeben wurde.

Unter der Leitung von Hanns Werner Schwarze, dem ersten Chef der Redaktion, dann mit Joachim Jauer blieb unverändert, was im freien Geiste und unabhängigem Denken zum Nutzen des D möglich war. Der bisherige Korrespondent dieser Redaktion in Moskau, Dirk Säger, wird in Kürze in gleicher Verantwortung und mit gleichem Wollen "Kennzeichen D" in bewährter Tradition als Quelle des redlichen Wissens und Wollens rein halten für die Darstellung der Wirklichkeit in West und Ost. Eine historisch bedingte und gesellschaftlich notwendige Entwicklung kann in friedlicher Zusammenarbeit die den beiden Staaten gemeinsame Position in der Mitte Europas wahrnehmen, jede der beiden Republiken für ihre Bürger und gemeinsam beide für alle Menschen.

(-/24.5.1984/ks/va)

+ + +



Auswirkungen von Kohlendioxidemissionen auf das Klima

Die Bundesregierung muß initiativ werden und eine Strategie gegen Gefährdungen entwickeln

Von Josef Vosen MdB

Mitglied im Forschungsausschuß des Bundestages

Zu dem in der Atmosphäre vorhandenen cirka 600 Milliarden Tonnen natürlichen CO_2 werden jährlich cirka 25 Milliarden Tonnen durch Verbrennung fossiler Brennstoffe und durch Waldrodungen emittiert. Davon verbleibt ungefähr die Hälfte in der Atmosphäre; der Rest wird hauptsächlich von den Ozeanen aufgenommen. Dies führt zu einem Wachstum der CO_2 -Konzentration in der Atmosphäre von cirka 0,4 Prozent pro Jahr, ein Wert, der abhängig vom zukünftigen Energieverbrauch und -struktur, eine Verdoppelung des CO_2 -Gehaltes der Atmosphäre in 50 bis 100 Jahren erwarten läßt. Obige Zahlen verdeutlichen, daß das durch menschliche Aktivitäten produzierte (anthropogene) CO_2 in Größenordnungen (zwei Prozent) vorstößt, die als Störung des natürlichen Gleichgewichts bezeichnet werden können.

Die mögliche Beeinflussung des Klimas erfolgt über den sogenannten Treibhauseffekt. Darunter versteht man das physikalische Phänomen, daß manche Medien kurzwellige Sonnenstrahlung anhezu unbehindert passieren lassen, die hauptsächlich durch eben diese Strahlung entstehende langwelligere Rückstrahlung aber behindern. Diese Medien können fest (Glas des Glashauses), flüssig (Wasser) oder gasförmig (Atmosphäre der Erde) sein. Gasförmiges CO_2 in der Atmosphäre ist an diesem Effekt maßgeblich beteiligt.

Bei einer Reduktion des in der Realität außerordentlich komplexen Vorganges auf den reinen Treibhauseffekt würde sich bei einer Verdoppelung der CO_2 -Konzentration das Strahlungsgleichgewicht auf einen neuen Wert einpendeln, der in etwa einer durchschnittlichen Temperaturerhöhung der Atmosphäre auf Meeresniveau von 0,5 bis 1,2 Grad Celsius entspricht. Diese Werte entsprechen gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnis. Die damit einhergehenden Rückkoppelungen des Klimas hingegen, die den Primäreffekt positiv oder negativ beeinflussen können, sind beim derzeitigen Stand der Wissenschaft in der Summe nicht einmal qualitativ abgesichert. Rechenmodelle, die zwangsläufig ein mehr oder minder stark abstrahiertes Bild der Realität darstellen, zeigen in der Mehrheit eine Verstärkung dieses Effektes auf eine mittlere Temperaturerhöhung von eins bis vier Grad. Auch die Konsequenzen einer solchen Temperaturerhöhung sind wissenschaftlich umstritten. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß neben einer allgemeinen Verschlechterung der landwirtschaftlichen Situation, die zwangsläufig zu einer Krise in der weltweiten Ernährung führt, das hydrosphärische Gleichgewicht der Erde gestört würde. Diese in der Öffentlichkeit bekannteste Folge einer CO_2 -induzierten Erwärmung ist auch nur qualitativ abgesichert. Neuere Studien sprechen von der



Möglichkeit einer Hebung des Meeresspiegels von mehreren Metern durch das (teilweise) Abschmelzen des Antarktis- und Grönlandeises. Die erdgeschichtlichen Zwischeneiszeiten werden mit diesem Phänomen in Zusammenhang gebracht.

In der wissenschaftlichen Literatur sind jedoch durchaus ernstzunehmende fachwissenschaftliche Publikationen bekannt, die zu anderen Ergebnissen kommen. So ist es zum Beispiel derzeit noch nicht auszuschließen, daß durch eine längere und dichtere Bewölkung, die als Folge einer höheren Lufttemperatur und damit Partialwasserdampfdruckes erwartet wird, die eingestrahelte Sonnenenergie derart vermindert wird, daß der Treibhauseffekt überkompensiert wird. Es spricht einiges dafür, daß diese negative Rückkoppelung, die für Regionalklimata empirisch abgesichert ist, auch global das diffizile Klimagleichgewicht aufrechterhalten kann.

Der derzeitige Erkenntnisstand kann eine Klimabeeinflussung durch anthropogenes CO₂ nicht beweisen, er kann sie andererseits aber auch nicht ausschließen. Der besondere Charakter einer potentiellen Gefährdung des Klimagleichgewichtes (global, nahezu irreversibel und langfristig, Schäden in unvorstellbarer Höhe) zwingt zu einer besonderen Vorgehensweise. Herkömmliche Risikoanalysen sind nicht anwendbar. Da eine technische CO₂-Abscheidung bei der Verbrennung fossiler Energieträger utopisch erscheint, folgt als einzig durchführbare Alternative, mit politischen Mitteln den Einsatz fossiler Brennstoffe so weit wie möglich zu drosseln. Dies kann einerseits durch effizientere Energienutzung erreicht werden und andererseits durch eine Umstrukturierung des Primärenergieeinsatzes unter besonderer Berücksichtigung regenerativer Energieträger. Beide Maßnahmenbündel, die aus einer Reihe unterschiedlicher Einzelmaßnahmen bestehen, haben auch auf anderen Problemgebieten positive Nebeneffekte (zum Beispiel "Saurer Regen").

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Anstieg der CO₂-Emissionen

- einen klimaverändernden Faktor neben anderen darstellt,
- über das Ausmaß und den Zeitpunkt der Klimaänderungen jedoch noch große Unkenntnis herrscht.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, über die bisher vorgelegten Gutachten hinaus dem Forschungs- und Technologie-Ausschuß zu berichten, welche Initiativen sie im Rahmen des Klimaforschungsprogramms zur Klärung und Lösung des CO₂-Problems unterstützt, welche internationalen Strategien zur Lösung des CO₂-Problems verfolgt werden und wie sie diese bewertet.

(-/24.5.1984/ks/va)

+ + +

